Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Redaction eingesandte Manuscripte werden nur bei Rückgabe frankirter Briefe zurückgesandt.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 160. Donnerstag den 9. Juni 1887. 81. Jahrgang

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 15. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 29. Juni d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1715. Gesetz, betreffend den Servistarif und die Classeneintheilung der Orte. Vom 28. Mai 1887.

Leipzig, den 3. Juni 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung,
die Revision der Wahllisten für die Landtagswahlen betreffend.

Die Landtags-Wahllisten, welche nach der Bestimmung in §. 24 des Wahlgesetzes vom 3. December 1868 im Monat Juni eines jeden Jahres einer Revision zu unterwerfen sind, liegen vom 1. bis 4. und 6. bis 9. Juni dieses Jahres

im Stadthause, Ostmarkt 3, II. Stock, Zimmer 105,

an jedem Tage von **Vormittags 8—12 Uhr** und **Nachmittags 2—6 Uhr**, zur Einsichtnahme für die Betheiligten aus.

Den Anträgen auf Aufnahme in die Wahlliste oder Streichung solcher Personen, denen das Wahlrecht nicht zusteht, sind die Nachweise der Wahlfähigkeit, beziehentlich des Mangels der Wahlberechtigung beizufügen.

Hierbei machen wir jedoch besonders darauf aufmerksam, daß die Liste **der in dem III. Wahlkreise der Stadt Leipzig, in welchem in diesem Jahre eine Ergänzungswahl stattzufinden hat, stimmberechtigten Personen** demnächst einer Umarbeitung unterzogen und **vor** dem noch bekannt zu gebenden Wahltermine **nochmals sieben Tage zur Einsichtnahme ausgelegt wird.**

Leipzig, am 31. Mai 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Clauß.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der bei Herstellung des neuen Pleißenflußbettes und der Paußnitzflußnahme ober- und unterhalb des Schleußiger Weges, sowie bei Höherlegung dieses Weges erforderlichen Erdarbeiten soll an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Herstellung des neuen Pleißenflußbettes und der Paußnitzflußrinne, sowie Höherlegung des Schleußiger Weges"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 18. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 7. Juni 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 2133. Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Bauliche Herstellungen — Weiterbauten, Anstriche und Oelen der Fußböden ꝛc. — sollen an den Mindestfordernden vergeben werden. Unternehmer wollen Kostenanschlag und Bedingungen hier einsehen, unterzeichnen und dann ihre Offerten versiegelt mit der Aufschrift: **„Baulichkeiten"** bis zum **13. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr**, portofrei anher einsenden.

Leipzig, am 8. Juni 1887.

Königl. Garnison-Lazareth.

Kirschen-Versteigerung.

Die diesjährige Nutzung von den fiskalischen Kirschbäumen an nachgenannten Straßen soll

I.

Sonnabend, am 11. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr in der Restauration zur Terrasse in Grimma:

Grimma-Wurzener Straße, 1. bis 3. Abtheilung,
Leipzig-Grimmaer „ 1. „ 4. „
Grimma-Oschatzer „ 1. „ 5. „
mit Zweigstrecke nach Leisnig,
Rochlitz-Leipziger Straße 3. Abtheilung,
Grimma-Colditz-Waldheimer „ 1. „
II.

an demselben Tage Nachmittags 4 Uhr im Gasthofe zum Feldschlößchen in Geldig:

Rochlitz-Leipziger Straße, 1. und 2. Abtheilung
Grimma-Colditz-Waldheimer „ 2. bis 5. „
Colditz-Leisnigker „
III.

Montag, am 13. dieses Monats, Nachmittags 2 Uhr in der Meyer'schen Restauration in Wurzen:

Dresden-Leipziger Straße, 9., 10. und 13. Abtheilung,
Wurzen-Eilenburger „

unter den in den Terminen bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Grimma, am 6. Juni 1887.

Königl. Straßen- und Wasserbau-Inspection. **Königl. Bauverwalterei.**

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Nutzung von den fiskalischen Kirschbäumen an den Straßen der nachgenannten Straßenmeister-Bezirke soll gegen **sofortige baare Bezahlung** und unter den sonstigen vor Beginn des Termins bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich an Meistbietende verpachtet werden:

1.

Sonnabend, den 18. Juni d. J., von Vormittags ½9 Uhr an im Nahm'schen Gasthofe in Leubnitz

die Nutzung der Alleen im **Werdauer** Amtsstraßenmeister-Bezirke;

2.

Montag, den 20. Juni d. J., von Vormittags ½9 Uhr an, im vormals Tauscher'schen Gasthofe in Schedewitz

die Nutzung der Alleen der **beiden Zwickauer** Amtsstraßenmeister-Bezirke.

Zwickau, am 3. Juni 1887.

Königliche Straßen- und Wasserbau-Inspection. **Königliche Bauverwalterei.**
Döhnert. Voigt.

Städtische Sparcasse
beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 20. Januar 1887.

Die Sparcassen-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Englands Großmachtsstellung.

Der Zustand von Heer und Flotte eines Landes bestimmen heute mehr denn je zuvor seine Machtstellung, und in beiden Beziehungen ist England weit hinter den Anforderungen zurückgeblieben, welche sich aus dem Umfange seines Gebietes, der Zahl seiner Bevölkerung und der Bedeutung seiner Hilfsquellen ergeben. England hat in den letzten Jahren Demüthigungen erlitten, welche man nicht für möglich gehalten hätte und welche seinem Ansehen bei den übrigen Mächten großen Abbruch gethan haben. Es könnte scheinen, daß der Niedergang Englands eine Angelegenheit wäre, welche diese Macht mit sich selbst auszumachen hätte und welche die übrigen Mächte nichts angänge, es ist das aber keineswegs der Fall; Englands militairische Ohnmacht ist vielmehr eine Sache von europäischer Tragweite, weil sie den Schwerpunct der europäischen Entwickelung zum Schaden des übrigen Europa nach Osten verlegt. England genoß noch im Jahre 1878 so großes Ansehen, daß es hauptsächlich seinem Einfluß zu verdanken war, wenn der Berliner Congreß zu Stande kam, durch welchen Rußland genöthigt wurde, seine Pläne auf Besitznahme der Balkanhalbinsel zu vertagen; heute ist England soweit heruntergekommen, daß es jedem Besitz kampflos entsagt, welcher sich nicht mit leichter Mühe aufrecht erhalten läßt und sich dafür durch die Besitzergreifung von Ländern schadlos hält, die ihm von anderen Mächten nicht streitig gemacht werden. So hat England vor fünf Jahren Egypten durch einen Handstreich erobert und sich nicht gescheut, die blühende Stadt Alexandria mitten im Frieden zu zerstören; als aber im Sudan ein Aufstand ausbrach, erklärte England, daß es auf den Besitz dieses Landes keinen Werth lege, und es bedurfte erst des Rathschlusses Gordon's, um die Regierung zur Ausrüstung einer Unternehmung zu seiner Rettung zu bewegen, die aber sogleich aufgegeben wurde, als die Rettung Gordon's nicht mehr möglich war. Heute sind wieder Privatleute im Begriff, Khartum auf eigene Rechnung und Gefahr wieder zu gewinnen und die unterbrochene Handelsverbindung Egyptens mit dem Sudan wieder herzustellen.

Aber bald wird die Frage zur Entscheidung reif sein, ob England sich noch ferner des Besitzes von Egypten wird erfreuen können. Die Verstimmung, welche der Uebereinkunft zwischen der Türkei und England wegen Egypten in Rußland und Frankreich erfährt, ist nicht der Art, daß Englands Hoffnungen dadurch erfüllt werden können. Wir haben vor Kurzem die Aufmerksamkeit auf einen Artikel der russischen „St. Petersburger Zeitung" gelenkt, in welchem die Zustimmung Rußlands zu der englisch-türkischen Uebereinkunft für unmöglich erklärt wird; seitdem ist aber eine Stimme der öffentlichen Meinung in Frankreich über diese Uebereinkunft hinzugekommen, welche von dieser Macht einen gleich starken Widerstand in Aussicht stellt. Ein Pariser Brief der „Politischen Correspondenz", welchen wir in der Dienstagsnummer mittheilten, beruft sich mit vollem Recht auf die Thatsache, daß England niemals ein Mandat zur Besitzergreifung Egyptens erhalten hat, wie z. B. Oesterreich-Ungarn zu derjenigen Bosniens und der Herzegowina. Der Zweck der Uebereinkunft sei die Befestigung der durch Gewalt geschaffenen Stellung Englands in Egypten durch einen Rechtstitel, und das könnten die Mächte nicht ohne Widerspruch dulden.

England hat es angesichts der Schwierigkeiten, welche sich seinen Wünschen bezüglich Egyptens entgegenstellen, unterlassen, die Uebereinkunft mit der Türkei zur Kenntniß der übrigen Mächte zu bringen, und es wird ihm große Mühe kosten, die bestehenden Hindernisse zu beseitigen, wenn es überhaupt ohne empfindliche Opfer sollte geschehen können, was nicht anzunehmen ist. Das Schlimmste sind die Gegenforderungen, welche Rußland zu erheben bereit erscheint und welche darauf abzielen, daß England seinen Widerstand gegen Rußland in der bulgarischen Frage aufgiebt. Gerüchtweise verlautet bereits, daß Rußland mit der Türkei wegen des Ausgleichs der bulgarischen Streitfrage auf der Grundlage der Beseitigung der bulgarischen Regentschaft in Unterhandlung getreten sei.

Was England in dieser Sache thun wird, bleibt abzuwarten; vorläufig hat es in Centralasien dem vordringenden Rußland gegenüber einen Rückzug angetreten, gegen den es sich noch vor zwei Jahren aufs Heftigste gesträubt hat. Die Vertheidigung von Afghanistan erscheint aufgegeben, Abdurrahman Chan ist in der Abwehr des Ghilzai-Aufstandes auf Selbsthilfe angewiesen, und aus vielen Andeutungen, welche über die Natur dieses Aufstandes hierher gedrungen sind, ist zu entnehmen, daß Rußland die Hand dabei im Spiele hat. England hat auch in Centralasien Rußland das Feld geräumt, und wenn die Verhandlungen der Grenzregulirungscommission noch nicht abgebrochen sind, so hat das lediglich seinen Grund darin, daß England noch den Schein aufrecht erhalten will, als werde Rußland auf seine Wünsche eingehen. Rußland ist entschlossen, Das, was es hat, zu behalten und hat diese Absicht bereits vor zwei Jahren deutlich zu erkennen gegeben. Ein englischer Minister hat einmal den Versuch gemacht, die Verantwortung für das egyptische Unternehmen auf den Fürsten Bismarck abzuwälzen, indem er vorgab, daß England auf den Rath dieses Staatsmannes nach Egypten gegangen sei. Fürst Bismarck hat diese Verdächtigung im öffentlichen Reichstagssitzung zurückgewiesen und damit der englischen Regierung eine schwere moralische Niederlage beigebracht, aber das Vorgehen des englischen Ministers charakterisirt die Stellung, welche England heute in der Welt einnimmt; dasselbe England, welches den Anspruch auf die Weltherrschaft erhebt, nahm keinen Anstand, sich nach Schülerart dahin anzureden, daß es die That, deren es überführt war, nur auf den Rath Jemands verübt habe, an dessen überlegener Urtheilsfähigkeit kein Zweifel zulässig war.

Lord Randolph Churchill, welcher im Herbst vorigen Jahres den Mund wegen Bulgariens so voll nahm und die Interessengemeinschaft Oesterreich-Ungarns und Englands auf der Balkanhalbinsel so laut verkündete, zog nach seiner Rundreise auf dem Continent alsbald andere Saiten auf, weil er sich davon überzeugt hatte, daß England wahrscheinlich bei Festhaltung des bisherigen Standpuncts für Durchführung seiner russenfeindlichen Politik auch werde einstehen müssen, und dazu schien ihm England denn doch nicht hinreichend gerüstet zu sein. Nach dieser Schwenkung schien dann auch die Bewilligung von größeren Mitteln zur Erhöhung der Schlagfertigkeit der englischen Streitkräfte dem Minister Churchill [illegible] daß er darüber [illegible] gegen [illegible] französisches oder [illegible] Heer würde [illegible] hindern, ein französisches oder [illegible] Heer würde wahrscheinlich in der Lage sein, an der englischen Küste zu landen und auf Londen zu marschiren. Auch Türke findet, daß die Infanterie neu bewaffnet werden müsse und kommt zu dem Schluß, daß England nicht nur die Vertheidigung Konstantinopels, sondern auch die Erhaltung der Neutralität Belgiens aufgeben müsse, so daß nur noch Indien und England zu vertheidigen blieben. Aber auch damit sei es schlecht bestellt. England könne mit seiner Flotte nicht einmal das Mittelmeer und das Rothe Meer gegen Frankreich halten, ebensowenig seien Egypten und der Suezcanal mit der jetzigen Armee und Flotte im Kriege zu behaupten.

Man liest diese Auseinandersetzungen mit Staunen und fragt vergeblich, ob denn solche Stimmen keine Beachtung im Parlament finden werden. Lord Randolph Churchill hat in Wahrheit verrathen, daß er im Besitz des Plans zur Reform von Armee und Flotte sei, er will ihn aber vorläufig noch für sich behalten und erst abwarten, was die Bevölkerung thun werde, um den geringsten Uebelständen entgegenzutreten. England hat mit den nöthigen Reformen nun schon so lange gewartet, daß es auf alle Fälle damit zu spät kommen muß und das in einer so gespannten Lage wie die gegenwärtige.

Leipzig, 9. Juni 1887.

* Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Feststellung des Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1887/88 und betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres und für Vervollständigung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesvertheidigung.

* Am Mittwoch fand eine Plenarsitzung des Bundesrathes statt. Zur Berathung standen verschiedene vom Reichstage beschlossene Gesetze und Vorlagen, ferner der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Anwendung abgeänderter Reichsgesetze auf landesgesetzliche Angelegenheiten, das Ergebniß des Heeresergänzungsgeschäfts im Jahre 1886, der Entwurf des amtlichen Waarenverzeichnisses zum Zolltarif. Fernere Berathungsgegenstände bildeten u. A. der vom Reichstag abgeänderte Gesetzentwurf über den Verkehr mit Blei- und zinkhaltigen Gegenständen und mehrere von den Ausschüssen durchberathene Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen.

* In Abgeordnetenkreisen giebt man sich bei Erörterung der Geschäftslage der Hoffnung hin, die Reichstagssession Ende nächster Woche schließen und doch neben den beiden Steuervorlagen noch einige andere Gegenstände erledigen zu können. Im Nothfall sollen einige Abendsitzungen zu Hilfe genommen werden. Mittwoch stehen die Arbeiterschutzantrage auf der Tagesordnung, am Donnerstag ist Gradualschnam, am Freitag und Sonnabend sollen der Gesetzentwurf über die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, das Kaufbuttergesetz und vielleicht noch einige andere Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden. Am Montag wird voraussichtlich die zweite Lesung der Brannteweinsteuervorlage und in der Mitte der nächsten Woche die weitere Berathung der Zuckersteuervorlage beginnen, die bis dahin in der Commission erledigt sein wird. Die Innungsvorlage wird schwerlich mehr zur Erledigung kommen, ebensowenig die Rechtsanwaltsgebührenordnung. Von den elsaß-lothringischen Gesetzentwürfen beabsichtigt man wenigstens den heute eingegangenen über die Anstellung der Bürgermeister noch zu erledigen. Der Reichstag war am Dienstag sehr dürftig besucht, es mochten nicht mehr als 100 Mitglieder anwesend sein. Für die nächste Woche besteht indessen gegründete Aussicht, noch einmal ein wegbeschlossenes Haus zusammenzubringen.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage:

Die bedeutenden Erfolge der nationalliberalen Partei bei den jüngsten Reichstagswahlen werden zu einem erheblichen Theil dadurch erzielt, daß große Wählermassen, welche einst das liberale Princip schärfer betonen zu müssen glaubten und darum die „Secession" mitgemacht haben, durch den Gang der Ereignisse inzwischen über die Consequenzen dieser Fortbildung nach links belehrt und des immer weiteren Herabgleitens zu einer absolut unfruchtbaren radicalen Opposition müde geworden sind. Die deutschfreisinnige Partei hat durch ihre ganze Politik seit der „Fusion", ihr Zusammengehen mit allen zersetzenden Elementen im Reich, ihre Gleichgiltigkeit, ja ihren Spott gegenüber allen nationalen Anlagen und zuletzt durch ihren Widerstand gegen die militairischen Anforderungen viele und viele den Boden in ihren Kreisen verloren, welche bei entschieden liberaler Gesinnung doch keineswegs der Meinung waren, überall auch in den nichtpolitischen nationalen Fragen eine Politik der Ohnemacht und des principienzerstörenden Radicalismus zu treiben. Diese Kreise machten vielfach der Hoffnung Luft, die alte Fortschrittspartei werde durch die Verbindung mit den „Secessionisten" verjüngt und gekräftigt werden. Darin haben sie sich schwer getäuscht, die letzteren sind vielmehr bis zu einem Grade von der kläglichen und entschiedenen Fortschrittspartei verschlungen worden, daß aber besondere Richtung und Bedeutung nicht mehr zu erkennen sind, d. h. die parlamentarischen Führer. Denn in der Wählerschaft, welche früher auf „secessionistischem" Standpunct stand, dann sich verleiten ließ, den Zug zum Deutschfreisinn mitzumachen, vollzieht sich in neuester Zeit ein Nachbildungsprocess, wahrscheinlich in dem Bestreben, wiederum den Anschluß an die gemäßigt liberalen und entschieden nationalen Elemente zu suchen, welche in der nationalliberalen Partei ihren äußeren Ausdruck finden. Berichte aus den verschiedensten Gegenden zeugen von dieser fortschreitenden Umwandlung in der Gesinnung weiter liberaler Wählerkreise.

* Durch die Presse gehen verschiedene Notizen über Reisepläne des Reichskanzlers. Aus zuverlässiger Quelle wird gemeldet, daß ärztlicherseits bereits seit Wochen auf eine Uebersiedelung des Fürsten Bismarck aufs Land gedrungen wird, mit der Motivirung, daß ein Luftwechsel und die Muße [illegible] zur Wiederherstellung der durch Ueberarbeitung

Verwaltung und auf das ziel- und planlose und zugleich unrechte Gebahren der Regulirungsgesellschaften zurückführen ist. Riesige Summen sind seit dem Jahre 1879, dem Jahre der Szegediner Katastrophe, für die Regulirung der Theiß, der Temes, der Bega und anderer ungarischer Flüsse aufgebracht worden, aber ein großer Theil dieser Summen scheint sich in die Taschen von allerlei Leuten verflüchtigt zu haben; denn anders läßt sich die Mangelhaftigkeit und Schleuderhaftigkeit der Regulirungsarbeiten nicht erklären, die jetzt allenthalben zu Tage treten. Der gegenwärtige Wasserstand der ausgetretenen Flüsse ist kein normaler daher, aber die Dammbauten sind vielfach unzweckmäßig angelegt und aus nicht widerstandsfähigem Material aufgeführt worden. Breite Dammstrecken wurden mit schwarzer, zwischen Holzpfählen festgestampfter Erde hergestellt, so daß gleich der erste Anprall der Fluthen große Bersten in das amorphe Zeug legte. Die Dämme, durch deren Aufführung die österreichische Militairherrschaft zur Zeit Maria Theresia's das deutsche Banat vor Ueberschwemmungen sicherstellte, wurden im Verlaufe im Auftrage ungarischer Regierungsorgane durchstochen, und zwar, wie sich herausstellte, um das Hochwasser von den Besitzungen einiger einflußreicher Großgrundbesitzer abzulenken. Durch diese Dammdurchstiche wurden im Verlaufe 50,000 Joch neues Gebiet, und zwar solches, das zu dem fruchtbarsten zählt, dem Hochwasser ausgeliefert, und dieses Gebiet ist natürlich auch dieser der Ueberschwemmung zum Opfer gefallen. In vielen Gegenden war es jetzt Jedermann bekannt, daß diese und jene Dammstelle sich in schlechtem Zustande befinde, aber wiewohl die betreffenden Regulirungsgesellschaften hiervon in Kenntniß gesetzt wurden, so geschah doch nichts, um die unabwaisbaren Durchstiche stellen in Stand zu setzen. Die Beamten waren vielfach mit der Wahlagitation beschäftigt, in Folge dessen manches kleinere Dammbruch unbeachtet blieb, bis er, zu einer Länge von mehreren hundert Metern angewachsen, nicht mehr zu erwarten war. Am drastischsten wird aber die Wirthschaft der Regulirungsgesellschaften durch die Thatsache gekennzeichnet, daß sie vielfach weder über Material zur Verstopfung der Dammrisse, noch über Kähne verfügten. In der Presse herrscht angesichts dieser Mißwirthschaft nur eine Stimme darüber, daß es so nicht weiter gehen könne. Alljährlich für die Regulirungsbeiträge exequirt und alle zwei bis drei Jahre einmal überschwemmt zu werden, dieses Loos der im Inundationsbezirke wohnenden Ortschaften ist in der That ein unerträgliches und der energischsten Abhülfe bedürftig. Ob aber von der ungarischen magyarischen Bevölkerung eine solche zu erwarten ist, dürfte wohl zu bezweifeln sein.

* Graf Schuwalow erklärte in Petersburg zu Bekannten alle ernest über seine Abberufung von Berlin auftauchenden Gerüchte für unbegründet und sprach seine Verwunderung über dieselben aus. Der Graf leidet, wie der „Kölnischen Zeitung" geschrieben wird, große Unter und auch Vermögen, welche eine persönliche Regelung erforderlich machen. Ganz abgesehen davon, daß zur Zeit von einem Rücktritt des Herrn v. Giers gar keine Rede ist, wäre auch Graf Schuwalow kaum als dessen dereinziger Nachfolger anzusehen; jedenfalls strebt er am allerwenigsten gerade nach diesem Posten. Die Stellung eines Oberbefehlshabers im Kaukasus würde ihm ja vielleicht eher zusagen, doch wünscht Fürst Dondukow-Korsakow nicht von derselben zurückzutreten. Früher hieß es auch immer, Graf Schuwalow sei der dereinstige General-Gouverneur von Moskau. Aber Fürst Dolgoruki beabsichtigt noch nicht, sich zurückzuziehen und eine Stellung aufzugeben, die er schon so lange Jahre bekleidet und in welcher er sich die Liebe von ganz Moskau erworben hat. Voraussichtlich wird wohl Graf Schuwalow noch lange in Berlin bleiben.

* Auf Befehl des Sultans sind den ottomanischen Botschaftern im Auslande neue Weisungen gesandt worden, sich zu bemühen, einen Ideenaustausch zwischen den Großmächten zur Lösung der bulgarischen Frage zu bewerkstelligen. Fürst Bismarck soll dem türkischen Botschafter in Berlin, Tewfik Pascha, die mündliche Antwort gegeben haben, daß eine Lösung erleichtert werden würde, wenn die Türkei durch zu einer Verständigung mit Rußland gelangte betreffs eines Candidaten für den bulgarischen Thron, mit Bezug auf welchen alsdann die übrigen Mächte ihre Meinung aussprechen würden.

* Die „Enthüllungen" des Generals Le Flo über die angeblich von Deutschland ausgehende Kriegsgefahr im Jahre 1875, eine Gefahr, welche lediglich in der Phantasie des französischen Botschafters bestand, werden nunmehr auch von einem Theile der französischen Presse als dem diplomatischen Usuche widersprechend und unzeitgemäß bezeichnet. So wird in dem „Journal des Débats" ausgeführt, daß die jüngste Veröffentlichung des Generals zu einer Polemik Anlaß biete, welche besser vermieden würde. Das Pariser Organ weist darauf hin, daß es sehr schwierig sei, die genaue Wahrheit über die Vorgänge im Jahre 1875 zu kennen. Vor Allem wird jedoch betont, daß der frühere französische Botschafter in Petersburg ein sehr schlechtes Beispiel gebe, wenn er ohne die Zustimmung des Ministers des Auswärtigen vertrauliche Actenstücke, welche auf eine der delicatesten Angelegenheiten Bezug haben, veröffentliche. Ist es doch sehr seltsam, wenn ein früherer Diplomat aus Anlaß einer Polemik auf diese oder jene amtliche Depesche hinweist, deren Datum und Nummer er ganz genau bezeichnet, sowie den Aufbewahrungsort im Archiv des Auswärtigen Amtes, „woselbst sie nachgesehen werden könnten". Oder hat General Le Flo, wie man beinahe anzunehmen versucht ist, in den während seiner diplomatischen Thätigkeit verfaßten Depeschen der Phantasie so freien Spielraum gewährt, daß er dieselben nunmehr als lustige Erfindungen für sein geistiges Eigenthum erachten zu können glaubt? Für die officiellen Kreise des Auslandes muß